

Überblick

Am Beispiel der "nachkommunistischen" Länder Bulgarien, Tschechien, Slowakei und Ungarn werden die politischen Konflikte und Folgeprobleme des Aufbaus sozialstaatlicher Komplementärinstitutionen des Arbeitsmarktes untersucht.

Laufzeit:

01. Juni 1992 - 31. Mai 1994

Forschungsteam:

Ulrich K. Preuß (Projektleitung)

Frank Bönker

Jon Elster

Ulrike Götting

Claus Offe

Friedbert W. Rüb

Finanzierung:

VolkswagenStiftung

Details

Am Beispiel der nachkommunistischen Länder Bulgarien, Tschechien, Slowakei und Ungarn werden die politischen Konflikte und Folgeprobleme des Aufbaus sozialstaatlicher Komplementärinstitutionen des Arbeitsmarktes untersucht. Diese Länder sehen sich im Zuge des Übergangs von einer Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft vor die Notwendigkeit gestellt, ihre Sozialversicherungs- und Fürsorgesysteme grundlegend umzugestalten sowie geeignete Institutionen und Instrumentarien zur Bewältigung des Arbeitslosenproblems zu schaffen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, an welche historischen Traditionen bei der Neugestaltung wohlfahrtsstaatlicher Sicherungssysteme und industrieller Beziehungen in Mittel- und Osteuropa angeknüpft wird bzw. an welchen (westlichen) Vorbildern sich die politischen Akteure in den verschiedenen Ländern orientieren.

Aufbau und Entwicklung der Sozialpolitik in nachkommunistischen Ländern werden durch die noch gegenwärtige Erinnerung an das alte Regime und seine egalitär-autoritären Prinzipien sowie die neu auftretenden ethnischen, sprachlichen und kulturellen Spaltungslinien innerhalb der jeweiligen Gesellschaft mit Hypotheken belastet, welche die Ausbildung eines förderlichen institutionellen Rahmens für die Entwicklung zur Marktwirtschaft wie vor allem auch die

Bereitschaft der Bevölkerung zur Hinnahme der mit dieser Transformation verbundenen Verteilungseffekte und sozialen Unsicherheiten gefährden. Diese (pessimistische) theoretische Auseinandersetzung, dass der an intensiven Gruppenkonflikten geprägte Transformationsprozess der mittel- und osteuropäischen Gesellschaften an den Inkompatibilitäten zwischen wirtschaftspolitischen, verfassungspolitischen und sozialpolitischen Zielen scheitern muss, hat für das Forschungsvorhaben den Stellenwert einer Null-Hypothese. Untersucht werden soll, aufgrund welcher Merkmale und politisch-ökonomischer Kräftekonstellationen der drei zu untersuchenden nationalen Systeme diese Hypothese mehr oder weniger bestätigt und (im positiven Fall) möglicherweise sogar klar widerlegt werden kann.

Laufzeit:

01. Juni 1992 - 31. Mai 1994

Forschungsteam:

Ulrich K. Preuß (Projektleitung)

Frank Bönker

Jon Elster

Ulrike Götting

Claus Offe

Friedbert W. Rüb

Finanzierung:

VolkswagenStiftung

Projekttyp:

Drittmittelprojekt